

Sadat jedoch muß weiter lavieren. Er erlaubt sich Kritik an den Russen, bleibt aber von ihnen abhängig. Denn sein Staat steht beim Kreml mit mehr als drei Milliarden Dollar in der Kreide.

Sadat sucht Auswege aus der einseitigen Abhängigkeit vor allem durch engere Kontakte zum Westen. Vergangene Woche nahm er die seit sieben Jahren unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik wieder auf. Vor kurzem deutete er an: „Ich bekomme auch einigen Nachschub aus Frankreich, England und anderen westlichen Ländern, trotz des Embargos.“ Mit Hilfe des Öllands Libyen, so ließ er wissen, wolle Ägypten aus Westeuropa die Grundlagen für eine eigene Rüstungsindustrie erwerben.

Sadats Nachbarn, die kein Vertrag an den Kreml kettet, suchen Beistand bei der anderen kommunistischen Großmacht: Delegationen aus Syrien, dem Sudan und Tunesien tauchten in den letzten Wochen in Peking auf.

## ERDÖL

### Gespannte Muskeln

Mit der Enteignung des Ölkonzerns IPC durch den Irak begann eine neue Runde im Kampf der Araber gegen die internationalen Trusts. Endziel der Araber ist, alle Ölkonzerne aus ihren Ländern zu verdrängen.

Radio Bagdad verhiess seinen Hörern, es werde bald „angenehme Meldungen“ bringen. Als Stunden später die frohe Botschaft verkündet war, hielt es die Bewohner der irakischen Hauptstadt nicht mehr in den Häusern.

Auf dem Freiheitsplatz — jenem Ort der Tigris-Metropole, an dem 1969 Massenhinrichtungen politischer Gegner des Revolutionsregimes stattgefunden hatten — feierten vorletzten Freitag Tausende von Irakern den Sieg über einen ökonomischen Feind: Staatspräsident Ahmed Hassan el-Bakr hatte die irakischen Anlagen des internationalen Erdölkonzerns Iraq Petroleum Company (IPC) verstaatlicht.

Jubelstürme löste auch in Damaskus die fast gleichzeitige Entscheidung der syrischen Regierung aus, den IPC-Besitz auf syrischem Boden zu nationalisieren. Denn für die Araber war die mächtige Erdölgesellschaft, die vor allem auf den Ölfeldern im Nord-Irak Bohrkonzessionen besaß und das geförderte Öl durch eine eigene Pipeline in die Mittelmeerhäfen Banjas an der syrischen und Tripoli an der libanesischen Küste pumpte, schon seit langem verhaßtes Symbol kolonialer Ausbeutung arabischen Rohstoff-Reichtums.

Mit der Enteignung der IPC-Anlagen (Wert nach Expertenschätzung: 520 Millionen bis 780 Millionen Dollar) wagten die Regierungen in Bagdad und Damaskus nun einen Schlag, der gleich

fünf der stärksten Erdölkonzerne der Welt in vier westlichen Ländern traf.

Je 23,75 Prozent der IPC-Aktien halten die britische Gesellschaft British Petroleum (BP), die holländisch-britische Gruppe Royal Dutch/Shell, das französische Unternehmen Compagnie Française des Pétroles und eine Tochtergesellschaft der amerikanischen Ölgiganten Standard Oil Co. of New Jersey (Esso) und Mobil Oil. Die restlichen fünf Prozent der Aktien sind im Besitz der Gulbenkian-Gruppe.

Der Nationalisierungs-Aktion vorausgegangen war eine jahrzehntealte Fehde zwischen Bagdad und IPC um Bohrrechte im Süd-Irak, die das damalige Regime Kassem der IPC 1961 entzogen hatte. Nachdem IPC im März und April ihre tägliche Ölproduktion auf den Feldern um Kirkuk im Nord-Irak von rund 1,23 Millionen Barrel (1 Bar-

rel = 159 Liter) auf 694 000 Barrel gedrosselt hatte, spitzte sich dieser Streit dramatisch zu.



Ölfeld in Libyen\*: „Die Araber sind am stärkeren Hebel“

rel = 159 Liter) auf 694 000 Barrel gedrosselt hatte, spitzte sich dieser Streit dramatisch zu.

Denn die irakische Regierung sah den Produktionsrückgang lediglich als Racheakt der IPC-Manager für den entschädigungslosen Entzug von Konzessionen in Nord-Rumaila an — jenem Gebiet im Süd-Irak, in dem die Iraker seit Anfang April das schwarze Gold mit sowjetischer Hilfe erstmals in eigener Regie zutage fördern.

Bagdads sozialistisches Baath-Regime, das seinen Staats-Etat bisher zu ungefähr 60 Prozent aus IPC-Abgaben finanzierte, reklamierte sogleich, durch die verringerte IPC-Produktion werde der Irak um rund 305 Millionen Dollar Öleinnahmen pro Jahr gebracht. Dieser Einnahmeausfall aber gefährde sein nationales Entwicklungsprogramm.

\* Überschüssiges Erdgas wird abgeackelt.

\*\* Der Organization of Petroleum Exporting Countries (Opec) gehören an: Iran, Irak, Kuwait, Katar, Abu Dhabi, Saudi-Arabien, Libyen, Algerien, Indonesien, Venezuela, Nigeria.

Doch die Forderung der Regierung, zur normalen Tagesproduktion zurückzukehren, lehnten die in London residierenden Ölmanager ab. Ihre Weigerung begründeten sie damit, daß die Ölproduktion im Nord-Irak wegen der höheren Abgabenlast kostspieliger als die Förderung am Persischen Golf geworden sei.

Präsident Bakr und seine Regierung mochten nicht länger die wirtschaftliche Entwicklung des Landes von solchen ökonomischen Überlegungen fremder Konzerne abhängig wissen.

„Wir haben beschlossen, die Offensive gegen die Ölmonopole weiterzuführen“, verkündete Bakr in der vorletzten Woche selbstbewußt.

Den Kampf gegen die einst allmächtigen internationalen Erdöltrusts, die noch Mitte der sechziger Jahre die rivalisierenden Ölscheiche mühelos gegen-

einander ausspielen konnten, hatten die öllexportierenden Entwicklungsländer vor rund zwei Jahren aufgenommen. In der Organisation der öllexportierenden Länder (Opec) zusammengeschlossen, gelang ihnen im Februar 1971 der erste wichtige Sieg: Nachdem sie gedroht hatten, die Ölausfuhren zu stoppen, rangen die Opec-Mitglieder\*\* in den Abkommen von Teheran und Tripolis den Ölgesellschaften gepfefferte Abgaben-Erhöhungen ab.

Im gleichen Monat verstaatlichte Algeriens Staatschef Boumedienne 51 Prozent der französischen Ölanlagen in seinem Lande. Da alle Verhandlungskünste ihrer Diplomaten versagten, erkannten die Franzosen noch im Juni 1971 die Enteignungen an.

Noch ungenierter als Boumedienne gegen die Franzosen ging Libyens Staats-Oberst Muammar el-Gaddafi im Dezember gegen Englands BP vor. Aus Verärgerung über die britische Regie-

rung enteignete er den libyschen Besitz der BP. Zwar gelang es der Gesellschaft bisher, westliche Kunden wie beispielsweise Italien am Kauf von Öl aus den libyschen BP-Quellen durch gerichtliche Klagen zu hindern. Aber empfindlichere Sanktionen unterblieben. Weitere Schlappen der Ölboisse folgten. Im Januar mußten sie den Vertretern der Opec eine Erhöhung der Erdöl-Förderabgaben um 8,5 Prozent als Entschädigung für den Wechselkursverlust durch die Dollar-Abwertung zugestehen.

Im März erklärte sich das größte internationale Ölkonsortium, Arabian American Oil Company (Aramco), unter dem Druck der saudi-arabischen Regierung bereit, den Wüstenstaat zu 20 Prozent an seinem Kapital zu beteiligen. Andere Konsortien ließen ebenfalls ihre Bereitschaft zur unbequemen Partnerschaft mit Arabiens aufsässigen Regierungen erkennen.

Endziel der Araber ist, die internationalen Konzerne völlig aus ihren Ländern zu verdrängen und Öl-Geschäfte möglichst nur noch direkt mit Staatsgesellschaften der Abnehmer-Länder abzuschließen. Entsprechende Angebote gingen bereits an Japan und, vom Schah von Persien, an die Bundesrepublik.

Da die Ölländer aber noch etliche Jahre auf Kapitalkraft und Vertriebswege der Trusts angewiesen sein werden, werden diese sicherlich noch einige kleinere Rückzugsgefechte gewinnen — wie etwa BP im Kampf gegen Libyen und wie vielleicht IPC im künftigen Kampf gegen den relativ schwachen Irak. Ebenso sicher aber scheint die Ära der Öl-Giganten, die das milliarden-trächtige Geschäft vom Bohrloch bis zur Zapfsäule beherrschen, infolge der entschlossenen Haltung der Araber und der starken Abhängigkeit Europas und der USA von Nahost-Ölimporten allmählich zu Ende zu gehen.

„Die arabischen Regierungen beginnen endlich, ihre Muskeln zu spannen“, erkannte ein westlicher Diplomat, „und leider sind sie am stärkeren Hebel.“

## EWG/EFTA

### Das wird furchtbar

**Mit grotesken Autarkie-Forderungen schockte Frankreichs Außenminister Schumann letzte Woche EWG-Partner und Efta-Freunde.**

Frankreichs Außenminister Maurice Schumann erlitt einen „Rückfall in den Gaullismus“ (so EWG-Kommissar Ralf Dahrendorf). Denn ganz im Stil des einstigen französischen Staatschefs brüskierte nun Schumann — Anfang letzter Woche auf einer EWG-Minister rats tagung in Luxemburg — die EWG-Partner.

Zu dem „frechen Auftreten des Franzosen“ (ein Konferenzteilnehmer) war

es gekommen, als die Unterhändler der sechs Partnerstaaten um ein Freihandelsabkommen zwischen der künftigen Zehnergemeinschaft und den nicht beitragswilligen Efta-Ländern\* feilschten. Ziel der Verhandlungen: nach dem Überlaufen Großbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens zur EWG die Rest-Efta-Staaten nicht durch neue Zollmauern von ihren traditionellen Handelsverbindungen zu trennen.

Doch Frankreichs Schumann forderte barsch: „Die EWG muß auf allen Gebieten autark sein.“ Deswegen, so erläuterte der Franzose seinen Kollegen, dürften den Efta-Ländern für ihre EWG-Exporte lediglich dann Zollfreiheit gewährt werden, wenn sie in ihren Exportgütern nur ganz wenige Fabrikate aus sogenannten Drittländern (die nicht der Gemeinschaft angehören) verarbeiten. Sollten die Produzenten in der Efta gegen diese „Ursprungsregelung“ verstoßen, so verlangte Schumann, müßten sie mit Zöllen bestraft werden.



**Pariser Außenminister Schumann**  
Zurück zu de Gaulle?

Danach hätten die EWG-Zöllner für eine Schweizer Uhr mit amerikanischer Elektronik beispielsweise eine Importabgabe zu kassieren. Eine Schweizer Uhr hingegen, die aus Schweizer Rädchen, Schraubchen und Plättchen hergestellt ist, bliebe zollfrei. Schumanns Kalkül: „Die Europäer können die Einzelteile bestimmter Produkte auch selber entwickeln.“

Bonnas Staatssekretär Detlev-Karsten Rohwedder empfand diese Vorstellung von einem autarken geschlossenen Europa-Markt sogleich als „kleinkariert“. Würde Schumanns Autarkiestreben Gemeinschaftspolitik, dann hätte vor allem die stark außenhandelsorientierte Bundesrepublik Repressalien aufgebrachter Drittländer zu fürchten. Kühl beschied Rohwedder den Pa-

\* Die European Free Trade Association (Efta) hatten Großbritannien, Österreich, die Schweiz, Portugal, Dänemark, Schweden und Norwegen 1960 als Konkurrenz-Organisation zur EWG errichtet. Später schlossen sich Finnland und Island an.

riser Außenminister: „Eine solche Politik wäre für uns gefährlich, denn wir sind auf den Außenhandel angewiesen.“

Jetzt verließ den temperamentvollen Franzosen die Contenance. Wütend hieb er auf den Konferenztisch und hielt dem Deutschen mit zitternder Stimme vor: „Die Deutschen stellen sich die Gemeinschaft anders vor als wir. Frankreich vertritt hier als einziger die wahren europäischen Interessen.“

Schumanns fünf Gesprächspartner schwiegen befremdet. Dann begannen sie, mit dem Franzosen um Prozente und „Pfennigbeträge“ (ein Konferenzteilnehmer) zu feilschen.

Immerhin war Schumann nicht verborgen geblieben, daß seine Forderungen auch für Frankreich zum Bumerang werden könnten. Französische Hersteller von Badeanzügen etwa, die den strammen Sitz ihrer Bikinis mit Stretchfasern (Lycra und Lurex) des US-Konzerns Du Pont sicherstellen, könnten dann ihre Waren nicht zollfrei in die Länder der Rest-Efta exportieren.

Schließlich deutete der französische Außenminister seinen Kollegen an, er wolle sein Prinzip „unter Protest“ aufgeben, wenn die anderen zum Entgegenkommen bei den Zahlen bereit seien. Rohwedder zögerte zunächst, ging dann aber gemeinsam mit den übrigen Partnern mit dem Franzosen einen Handel ein: Vom 1. Januar 1973 bis zum 1. Januar 1978 sollen in fünf Stufen die Zollschranken für gewerbliche Waren zwischen EWG und Efta fallen. Das gilt jedoch nur für jene Produkte, in denen nicht mehr als 40 Prozent drittländische Fabrikate enthalten sind.

Strengere Bestimmungen rang Schumann seinen Partnern für bestimmte Produkte ab. So können Textilien aus der Rumpf-Efta nur dann bevorzugt in die EWG geschickt werden, wenn sie nicht mehr als zehn Prozent Garne aus Drittländern enthalten. Bei Lurex- und Lycra-Produkten darf der Drittanteil 30 Prozent nicht übersteigen. Bei Chemierprodukten und Kraftfahrzeugteilen liegt die Grenze bei 15 Prozent. Transistorgeräte gar verlieren ihren Zollvorteil, wenn mehr als drei Prozent der Bestandteile aus einem Drittland kommen.

Ein TV-Gerät aus Österreich, in dem etwa 200 Transistorenteile eingefügt sind, würde demnach nur zollgünstig nach Deutschland verkauft werden können, wenn es nicht mehr als sechs japanische Teile enthielte. Ein deutsches Delegationsmitglied: „Die Kontrolle wird furchtbar.“

In der Brüsseler EWG-Zentrale glauben die Europa-Beamten bereits, den wahren Grund für den von Schumann bevorzugten „Neogaullismus“ erkannt zu haben. Bis zum nächsten Außenministerrat Ende Juni will Frankreich seine Partner so eingeschüchtert haben, daß sie in der Währungs- und Landwirtschaftspolitik entgegenkommen. EWG-Mann Dahrendorf: „Ende dieses Monats kommt das große Drama.“